MEINE WOCHE IM LANDTAG

Liebe Leserinnen und Leser,

Streiks sind ein legitimes Mittel der Gewerkschaften, um ihre Ziele durchzusetzen. Doch was wir aktuell im deutschen Zugverkehr erleben, ist eine unvorstellbare Zumutung für sämtliche Fahrgäste. Wegen unterbrochener Lieferketten drohen darüber hinaus erhebliche wirtschaftliche Folgeschäden. die Anstatt Eskalationsspirale rekordverdächtig mit langen Arbeitsniederlegungen immer weiter zu drehen, müssen Gewerkschaft und Bahn schnellstens an den Verhandlungstisch zurückkehren. Auch eine Schlichtung durch Dritte darf jetzt kein Tabu mehr sein!

Perspektivisch ist der Bund gefordert, die rechtlichen Weichen für mehr Zuverlässigkeit im Bahnbetrieb zu stellen. Welche Reglen es nach unserer Überzeugung braucht, damit die berechtigten Interessen Einzelner nicht zur Belastungsprobe für Viele werden, haben wir diese Woche in unserem Dringlichkeitsantrag zum Plenum dargelegt – mehr dazu auf Seite 3!

Darüber hinaus haben wir die Ampel-Regierung diese Woche abermals aufgefordert, endlich die Abwicklung der Corona-Hilfen zu beschleunigen. Es kann nicht sein, dass Bürgerinnen und Bürgern nach überstandener Corona-Pandemie nun abermals finanzielle Nachteile durch die schwierigen Auszahlungsmodalitäten entstehen – mehr dazu auf Seite 4!

Ich wünsche Ihnen wieder viel Freude beim Lesen!

Ihre Heimatabgeordnete

Anna Stolz



MEINE HIGHLIGHTS

SEITE 2: NEUES AUS DEM KULTUSMINISTERIUM

SEITE 3: UNSER DRINGLICHKEITSANTRAG: KLARE REGELNIEÜR STREIKSL

SEITE 4: CORONA-WIRTSCHAFTSHILFEN: UNTERNEHMEN MEHR ZEIT GEBEN!

SEITE 6: UNSERE SOCIAL MEDIA-BEITRÄGE

RÜCKBLICK

NEUES AUS DEM KULTUSMINISTERIUM

11.03.2024

Junge Köpfe mit großen Ideen - Bayerische Schülerinnen und Schüler zeigen Unternehmergeist beim Bundeswettbewerb "JUGEND GRÜNDET"

Kultusministerin Anna Stolz lobt unternehmerisches Geschick und originelle Ideen – Preise gehen nach Mühldorf am Inn und Planegg

MÜNCHEN. Unter dem Leitgedanken "Chancen erkennen, Zukunft gestalten" machten sich mehr als 1.000 Schülerteams im Rahmen des Bundeswettbewerbs "JUGEND GRÜNDET" auf den Weg, ihre unternehmerischen Fähigkeiten unter Beweis zu stellen. Nun kürte eine Expertenjury vergangenen Dienstag in München die Siegerinnen und Sieger. Besonders erfreulich: Zwei bayerische Projekte wurden mit dem 2. bzw. 3. Platz ausgezeichnet.

Kultusministerin Anna Stolz lobte im Vorfeld der Preisverleihung die Kreativität der Teilnehmerinnen und Teilnehmer: "Ich bin begeistert von den tollen Geschäftsideen unserer bayerischen Siegerinnen und Sieger. Bei solchen Fähigkeiten und solch einem Tatendrang können sich unsere Unternehmen auf sehr talentierte junge Menschen freuen. Genau solch einen Nachwuchs brauchen wir auch für Fortschritt, Wohlstand und Arbeitsplätze in unserem Land. Ich danke den Organisatoren des Wettbewerbs und wünsche allen teilnehmenden Schülerinnen und Schülern viel Freude bei der Umsetzung ihrer Visionen."

Für die Entwicklung von besonderen Schutzfolien, sogenannte "clEARys", die den hygienischen Umgang mit dem Stethoskop verbessern, wurden Diana Kuxhausen, Franziska Steinberger, Sabrina Haselwarter und Vroni Lindner von der Staatlichen Berufsschule II Mühldorf am Inn mit dem 2. Platz gekürt. Benedikt Drost vom Feodor-Lynen-Gymnasium Planegg schaffte es mit dem von ihm entwickelten Pflanzsystem "SolarTendril" zur Begrünung von Balkon-PV-Anlagen ebenfalls auf das Siegerpodest – er wurde mit dem 3. Platz ausgezeichnet. Platz 1 belegte ein Schülerteam vom Ev. Lichtenstern-Gymnasium Sachsenheim (Baden- Württemberg). Es entwickelte das Stirnband "Blind Sonar", das sehbehinderten Personen eine haptische Wahrnehmung ihrer Umgebung ermöglicht.

Über den Wettbewerb "Jugend gründet"

Der Bundeswettbewerb "Jugend gründet" bietet Schülerinnen und Schülern aller Schularten sowie Auszubildenden seit 21 Jahren die Gelegenheit, unternehmerisches Denken und Handeln praxisnah umzusetzen. Dabei schlüpfen die Teilnehmenden in die Rolle von Gründerinnen und Gründern und entwickeln risikolos online ein virtuelles Start-up, das sie von der ersten Geschäftsidee über die Gründung bis hin zum unternehmerischen Alltag leiten und koordinieren. Der Wettbewerb gehört zu den von der Kultusministerkonferenz (KMK) besonders empfohlenen Schülerwettbewerben und wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert. Ausrichter ist das Steinbeis-Innovationszentrum Unternehmensentwicklung an der Hochschule Pforzheim. Das oben beschriebene "Pitch-Event" wurde dabei von der IHK München und Oberbayern organisiert und stellt den Abschluss der Businessplanphase für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Bayern, Baden-Württemberg und Niedersachsen dar.

Unser Dringlichkeitsantrag: Klare Regeln für Streiks!

Das Streikrecht in Deutschland ist ein hohes Gut und unsere Gewerkschaften sind wichtige Institutionen, um hunderttausenden Arbeitnehmern angemessene und faire Arbeitsbedingungen zu sichern. Als FREIE WÄHLER-Fraktion erkennen wir das Streikrecht als legitimes Mittel gewerkschaftlicher Druckausübung ausdrücklich an und wollen deshalb an der Koalitionsfreiheit im Grundgesetz festhalten. Dennoch müssen wir in der aktuellen Situation gegensteuern, damit eine unverhältnismäßige Belastung von Bevölkerung und Wirtschaft abgewendet wird.

Die Streiks bei der Bahn sind für uns nur ein Beispiel, wie durch Arbeitsniederlegungen zentrale Teile der Infrastruktur unseres Landes außer Funktion gesetzt werden können. Betroffen sind zum einen die Fahrgäste, die auf diese Verkehrsmittel angewiesen sind. Zum anderen aber auch die Wirtschaft, die auf reibungslose Lieferketten angewiesen ist. Die Schäden, die der deutschen Wirtschaft dadurch zugefügt werden, sind enorm – auch das Image Deutschlands als zuverlässiger Wirtschaftspartner mit solider Infrastruktur im Herzen Europas wird so zunehmend beschädigt.

Deshalb haben wir diese Woche mittels Dringlichkeitsantrag Änderungen am Streikrecht gefordert, um die aktuell schwierige wirtschaftliche Lage nicht weiter zu verschlimmern. Konkret wollen wir, dass in Bereichen der Daseinsvorsorge ein Schlichtungsverfahren vor jedem Streik obligatorisch ist. Eine Mindestversorgung muss in Bereichen der zentralen Infrastruktur jederzeit sichergestellt werden. Dazu fordern wir eine verpflichtende Ankündigungsfrist von vier Tagen, sollte eine

Schlichtung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer erfolglos bleiben. Ziel muss ein fairer Ausgleich zwischen den Interessen von Streikenden und Betroffenen sein.

Uns als FREIE WÄHLER-Fraktion geht es darum, arbeitsrechtlich sowie gesamtgesellschaftlich vertretbare Leitplanken zu formulieren, damit die Gesellschaft und die Wirtschaft nicht unverhältnismäßig in Mitleidenschaft gezogen werden. Keinesfalls wollen wir den Streikenden in Deutschland das Recht nehmen, Druck auf ihren Arbeitgeber auszuüben. Doch es muss vermieden werden, dass durch die berechtigten Interessen Einzelner der gesamten Gesellschaft sowie Wirtschaft erhebliche Nachteile entstehen.

Mehr HIER.

Corona-Wirtschaftshilfen: Unternehmen mehr Zeit geben – Prüfintensität massiv reduzieren



Bislang galt: Am 31. März endet die vom gesetzte Abgabefrist für Schlussabrechnungen der Corona-Wirtschaftshilfen. Wegen der vom Bundeswirtschaftsministerium festgesetzten ausufernden Prüfanforderungen haben Steuerberater, Wirtschaftsprüfer und weitere prüfende Dritte allerdings große Schwierigkeiten, diese Frist einzuhalten. Bei Überschreitung droht den Unternehmen eine automatische der ausbezahlten Rückforderung Hilfsgelder - nebst zusätzlicher Zinsen.

Die Folge: In der Corona-Krise gerettete Betriebe könnten dadurch erneut in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Mittels Dringlichkeitsantrag haben wir deshalb vom Bund gefordert, eine schnelle und unbürokratische Überprüfung der Schlussabrechnungen zu ermöglichen. Denn die umfassende Prüfung der

Schlussabrechnungen verursacht einen enormen Aufwand - auch bei den

Bewilligungsstellen. Das belastet den Staatshaushalt in erheblichem Maße. Zudem muss die Abgabefrist für die Schlussabrechnungen deutlich verlängert werden.

Am Donnerstagabend hat uns dann die erfreuliche Nachricht ereilt: **die Frist zur** Einreichung der Schlussabrechnungen der Corona-Hilfen wird seitens des Bunds letztmalig bis zum 30. September 2024 verlängert! Ein großer Erfolg, für den wir uns gemeinsam mit Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger seit Wochen eingesetzt haben!

Weitere Infos HIER.

KURZNEWS

Kliniken in Not: Auskömmliche Finanzierung der Krankenhäuser auf dem Land sicherstellen!

Eine Vielzahl der bayerischen Kliniken leidet unter massiver Finanznot. Grund dafür sind zumeist Kostensteigerungen, die von der Krankenhausfinanzierung des Bundes nicht ausgeglichen werden. Das Ergebnis zeigt sich in einem kalten Strukturwandel mit immer mehr Insolvenzen unter den Kliniken in Bayern. Sie sind in erheblichem Umfang auf die Kommunen angewiesen, die die teils massiven Defizite der Häuser ausgleichen. Es kann aber nicht sein, dass wieder einmal die ländliche Bevölkerung

die Zeche für die Sparpolitik Bundesregierung zahlen darf. Die Ampel muss endlich eine auskömmliche Betriebskostenfinanzierung der Krankenhäuser auch im ländlichen Raum die sicherstellen. Denn bestmögliche medizinische Versorgung darf nicht nur Menschen in Ballungsräumen Verfügung stehen. Das gilt besonders für Notfälle! Bei der Krankenhausplanung muss die Wohnortnähe zur nächsten Klinik deshalb eine entscheidende Rolle spielen. Mehr HIER.



SOCIAL MEDIA-BEITRÄGE

#FraktionImGespräch mit... dem Bund der Kriminalbeamten

Diese Woche haben sich unsere Abgeordneten Roland Weigert, Wolfgang Hauber und Bernd Heinisch zum Austausch mit dem Bund der Kriminalbeamten getroffen. Dabei standen einige ernste Themen auf der Agenda – darunter: eine monetäre Zulage für Beamtinnen und Beamte, die im Deliktsbereich des sexuellen



Missbrauchs von Kindern und Jugendlichen tätig sind.

Darüber hinaus forderten die Vertreter die Schaffung neuer Tarifstellen für Kriminalassistenten zur Unterstützung der Kripo. Ein

Foto: FREIE WÄHLER Landtagsfraktion.

weiterer Schwerpunkt war die Rolle sowie die Vorbereitung der Polizei im Verteidigungsfall. Zur kompletten Bildergalerie geht's HIER.



Unser neues Videoformat #StreiblsStandpunkt: Klare Regeln für Streiks!

Wir als FREIE WÄHLER-Fraktion erkennen das Streikrecht als legitimes Mittel gewerkschaftlicher Druckausübung ausdrücklich an. Dennoch müssen wir in der aktuellen Situation gegensteuern, damit eine unverhältnismäßige Belastung von Bevölkerung und Wirtschaft abgewendet wird. HIER geht's zum neuen Videoformat #StreiblsStandpunkt.

Folgen Sie uns:

- X https://twitter.com/fwlandtag
- https://www.facebook.com/fwlandtag
- https://www.instagram.com/fwlandtag/
- ► YouTube https://www.youtube.com/@fwlandtag
- https://www.threads.net/fwlandtag

Wenn ihr weiterhin auf dem neusten Stand sein möchtet, dann folgt mir gerne auf meinem Instagram-Account unter folgenden Link, um noch mehr Informationen über meine Arbeit zu erhalten:



Anna Stolz (@anna.stolz.mdl)

Wenn ihr wollt, dann folgt mir ebenfalls gerne auf meinem Facebook - Account:



Anna Stolz | Facebook

Weitere Informationen erhaltet ihr ebenfalls auf meiner Homepage www.mdl-annastolz.de

Ich wünsche Ihnen eine schöne Woche. Bitte bleiben Sie gesund! Ihre Heimatabgeordnete und Kultusministerin Anna Stolz

Impressum

Abgeordnetenbüro Anna Stolz Alte Bahnhofstraße 4 97753 Karlstadt

E - Mail: <u>buero@mdl-annastolz.de</u> Homepage: www.mdl-annastolz.de